



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/138 - 19. 6. 1956  
Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 888 800

Wahlstrategie und Deutschlandfrage	S. 1
Neues Programm der Labour-Party	S. 3
Akademie für politische Bildung in Bayern	S. 5

## Geschäftigkeit statt neuer Politik

op. Adenauer ist, ungeachtet mancher wahltaktischen Missgriffe, die seinem Ruf mitunter recht geschadet haben, immer ein guter Wahlstrategie gewesen. Heute sieht er erstaunt, dass die Wiedervereinigung die Deutschen doch sehr viel stärker bewegt, als er selbst dies bis vor kurzem noch für möglich hielt. Er muss und wird sich also sagen, dass ein öffentliches Festhalten an seiner bisherigen starren, unzugänglichen Linie auf die Dauer für ihn und seine Partei abträglich sein muss, wie er sich ja bereits ein starkes Absinken seiner Popularität in der westdeutschen Bevölkerung während des letzten Jahres von einem grossen Meinungsforschungsinstitut hat bescheinigen lassen müssen.

Adenauer wird deshalb, wenn nicht alles trägt, mit dem Näherkommen des Wahltermins gerade auch in der deutschen Frage neue Aktivitäten entwickeln, eben um dem weitverbreiteten und schon recht tief sitzenden Eindruck entgegenzuwirken, seine Haltung sei unfruchtbar und für die deutsche Wiedervereinigung schädlich.

Gewisse Stellen in seinen Ausführungen vor der Presse in Bonn gaben bereits einige verhillte Hinweise in dieser Richtung. Jedenfalls war das, was Adenauer an politischen Ansichten in den USA geäussert hat, härter und schroffer, soweit es sich auf das Verhältnis des Westens bzw. der Bundesrepublik zur Sowjetunion bezog. In Bonn schwanger bezeichnende Untertöne mit, so, wenn der Kanzler, fast freundlich zurendend, an den sowjetischen Regierungschef appellierte, zu seinen, also Bulganins, in Moskau gegebenen Zusagen zu stehen.

Dabei ist freilich daran zu erinnern, dass seinerzeit nur recht un-

19. 6. 1956

verbindliche Einweise auf die deutsche Frage in das Kommuniqué aufgenommen wurden. Es hiess, dass "die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen ... zur Lösung der ungeklärten Fragen, die das ganze Deutschland betreffen, beitrage und damit auch zur Lösung des nationalen Hauptproblems des ganzen deutschen Volkes, der Wiederherstellung eines deutschen demokratischen Staates, verhelfen werde." Auf Wunsch der Russen musste übrigens das Wörtchen "alsbaldige" vor den Worten "Lösung des nationalen Hauptproblems" fortgelassen werden.

Adenauer liess in Bonn jetzt auch gewisse Aussichten auf eine mögliche Lösung der deutschen Frage gelten, obwohl er nicht in der Lage war, diese Zuversicht zu begründen. Schliesslich kündigte er vorbereitende Beratungen der Westmächte über eine neue Note an Moskau an. Aber gerade in diesem letzten Punkt wurde klar, wie der Kanzler künftig zu verfahren gedenkt: Der Frage, ob die Note neue Vorschläge über das bisher Bekannte hinaus enthalten werde, wich er mit der Bemerkung aus, dazu könne er sich vor zweihundert Pressevertretern nicht äussern, obwohl man ihn nach Einzelheiten gar nicht gefragt hatte, und obwohl in der ganzen westlichen Welt neue Deutschlandvorschläge erörtert, vor allem aber von den Deutschen selbst erwartet werden.

Aber weder in den USA noch in Bonn hat der Bundeskanzler von den Verpflichtungen gesprochen, die er selbst in Moskau eingegangen ist: Normale und nicht nur formale Beziehungen mit den Sowjets herzustellen und die Voraussetzungen für eine Wiederbelebung des traditionellen Handels mit der Sowjetunion zu schaffen. Nichts ist von alledem geschahen, obwohl die Russen immer wieder betont haben, wie wichtig für sie die Erfüllung dieser Zusagen ist.

Wenn der Bundeskanzler auf der rein negativen Linie der Verweigerung eines auch nur annähernd normalen Verhältnisses zur Sowjetunion beharrt, werden seine Versicherungen immer mehr an Glaubwürdigkeit verlieren, er tue alles in seiner Macht stehende, um die deutsche Frage voranzutreiben. Denn jedermann weiss heute, und überall wird es auch zugegeben, dass die Lösung des deutschen Problems ohne die Mitarbeit und Zustimmung der Sowjetunion unmöglich ist. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wenn der Kanzler annähme, mit Deklamationen und billigem Optimismus die Notwendigkeit einer neuen politischen Einstellung zu ersetzen und damit auch noch Zustimmung und Glauben in der Bevölkerung zu finden.

19. 6. 1956

### Labour schützt "persönliche Freiheit"

F. S. London

Nach der verlorenen Wahl zum Unterhaus hat die Jahresversammlung der Arbeiterpartei die Exekutive beauftragt, einen neuen geistigen und organisatorischen Aufbau vorzubereiten, der rechtzeitig für die nächsten Wahlen abgeschlossen sein soll. Aber schon die diesjährige Konferenz, die vom 1. bis zum 5. Oktober in Blackpool stattfindet, hat sich mit drei Themen zu beschäftigen, die in ihrer Diskussion zu den Höhepunkten des Parteitages führen und auch in der Öffentlichkeit stärksten Widerhall finden werden.

Soeben hat die Exekutive die Richtlinien über die "Freiheit der Persönlichkeit" veröffentlicht. Zwei weitere Broschüren über die Gleichheit aller Mitglieder in der Gesellschaft und über die Wohnungspolitik werden in kurzen Abständen folgen. "Es ist unsere sozialistische Auffassung", sagt die Exekutive, "dass Freiheit und Gleichheit unlösbar miteinander verbunden sind." Aber der demokratische Sozialismus, so wird weiter festgestellt, unterscheidet die Freiheit in unserer heutigen Umwelt von der Freiheit in einer klassenlosen Gesellschaft. Die Probleme erwachsen aus der sich immer mehr zum Kollektivismus neigenden Gemeinschaft, die Lösung soll immer näher zur sozialistischen Ordnung heranführen. Labour hat daher drei Aufgaben: "Das kapitalistische System in eine sozialistische Gesellschaft umzuformen, die erreichten Fortschritte zu verteidigen, die Verpflichtungen innerhalb des heute existierenden Systems durchzuführen."

Der Umformungsprozess, der sich schon heute geltend macht, richtet sich nach den bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Machtverteilungen. "Wohlfahrtsstaat und Vollbeschäftigung haben zweifellos die persönliche Freiheit gestärkt." "Wir stimmen überein, dass Eigentumsrecht auf persönlichen Besitz ein menschlicher Anspruch ist, der allerdings nicht unbeschränkt sein kann." Besitz wird nicht nur im ökonomischen Sinne aufgefasst. "Wir leben in einer klassenbewussten Gesellschaft, die hauptsächlich auf Vorrechte in der Erziehung aufgebaut ist," die allen ihren Mitgliedern in gleichem Masse zugänglich

sein sollte. Labour erstrebt den Staat, der vier Bedingungen erfüllt:

"Die militärische, politische und ökonomische Macht soll der Gemeinschaft dienen, nicht aber vorherrschen.

Vorrechte einzelner ihrer Mitglieder müssen in Rechte umgewandelt werden, die jedem Bürger zugänglich sein sollten.

Positive Aktionen des Staates sollen mit dem Beistand der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften gefördert werden, um gerechte Verteilung des Wohlstandes zu erreichen.

Wirksame bürgerliche Rechte und eine unparteiliche Rechtsprechung müssen die Freiheit der Person vor dem Missbrauch der Macht, sei es durch den Staat oder durch irgendwelche Organisationen, schützen.

Die Staatsauffassung Labours formte sich an der Geschichte der Arbeiterbewegung. Sie sah und sieht den Staat nicht als den alleinigen Träger des sozialen Fortschritts an. "Selbsthilfe von Gruppen, unabhängig vom Staat, war ein Ziel in den frühen Anfängen des Sozialismus." Aus einigen dieser Gruppen entstand die britische Gewerkschaftsbewegung, die heute noch so einflussreich ist, dass sie einen Machtfaktor innerhalb der Nation bildet.

Hier erwachsen jedoch wieder andere Probleme. In der modernen Gesellschaft wird ein grosser Teil der Autorität vom Staat oder von Organisationen ausgeübt, die das Individuum vertreten. "Hat die Anwendung dieser Autorität zu einer Einschränkung der persönlichen Freiheit geführt? Und wenn dieser Fall eintrat, ist jene Einschränkung durch Vorteile gerechtfertigt, die der Gemeinschaft zugute kommen? Hat die Gesellschaft mehr gewonnen als das Individuum verlor?" Die Exekutive, die diese Fragen stellt, gibt eine klare Antwort: "Wir bekennen freimütig, dass die Massnahmen, die für den sozialen und ökonomischen Fortschritt notwendig sind, wohl die Freiheit der Gemeinschaft ausdehnen, aber gleichzeitig gegen die Freiheit des Einzelnen verstossen." Labours Politik zum Schutze der Persönlichkeit und der Gesellschaft wird im Gegensatz zum Kommunismus von zwei Grundsätzen getragen: "Wir bestätigen die Rechte der Gemeinschaft, und wir sichern stärker als bisher die persönliche Freiheit."

### Politische Bildung - Lebensfrage der Demokratie

G. S. "Die Einsicht in die Stellung, die Aufgaben und die Verantwortung des Einzelnen innerhalb von Gesellschaft und Staat ist nur mangelhaft verbreitet; der Wille, Verantwortung zu übernehmen und die verfassungsmässigen Möglichkeiten der Selbstregierung und Selbstverwaltung zu nutzen, ist oft nur spärlich entwickelt. Hingegen herrscht bei vielen die Auffassung, man sei anonymen Kräften hilflos ausgeliefert und könne an der Entwicklung doch nichts ändern." Diese Sätze stehen am Beginn der Begründung eines Gesetzentwurfs zur Errichtung einer Akademie für politische Bildung, den die Koalitionsparteien vor einigen Wochen im bayerischen Landtag eingebracht haben. Sie umschreiben einen Zustand, der nur durch verstärkte politische Bildung gebessert werden kann. Der Gesetzentwurf soll noch vor den Sommerferien verabschiedet werden. Wenn diese Akademie Wirklichkeit wird, hat Bayern eine Stätte der politischen Bildung geschaffen, die für das gesamte Bundesgebiet ein Beispiel abgeben kann.

Die Akademie soll die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung und die Erfahrungen der praktischen Politik für die Zwecke der politischen Bildung auswerten, als Tagungs- und Begegnungsstätte selbst Formen und Methoden politischer Bildung erarbeiten und sich vor allem der Anregung, Förderung und Weiterbildung solcher Personen widmen, die politische Bildung infolge ihres Berufs oder ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit an einen grösseren Kreis weitergeben können. Neben einem Direktor als Leiter der Akademie (eine der bestqualifizierten Persönlichkeiten auf dem Gebiete der politischen Bildung ist dafür in Aussicht genommen) sollen hauptamtliche Dozenten und Assistenten an die Akademie berufen werden, daneben will man Gastdozenten zu regelmässigen Vorlesungen heranziehen. Für die Arbeit der Akademie, die den Charakter einer Anstalt des öffentlichen Rechts erhalten wird, stehen im Landeshaushalt 800 000 Mk pro Jahr zur Verfügung.

#### Unabhängigkeit gewährleistet

Um die Unabhängigkeit der Akademie von Regierung und Regierungsparteien auch institutionell zu sichern, sollen die Mitglieder ihres obersten Aufsichtsorgans, eines Kuratoriums, vom bayerischen Ministerpräsidenten, vom Vorsitzenden der stärksten bayerischen Oppositionspartei und einer von der bayerischen Rektorenkonferenz benannten Per-

sönlichkeit gemeinsam berufen werden. Das Kuratorium wirkt bei der Berufung des Direktors und der hauptamtlichen Dozenten mit und überwacht die Arbeit der Akademie. Ein Beirat aus Vertretern von Organisationen des öffentlichen Lebens, Berufsverbänden, Kirchen usw., stellt die Verbindung von Akademie und Öffentlichkeit her und berät den Direktor bei seiner Arbeit.

Der Einwand der CSU, diese Akademie sei eine reine Angelegenheit der jetzigen bayerischen Regierung, wird schon durch diesen Aufbau der Organe der Akademie, der eine wirkliche Überparteilichkeit verbürgt, widerlegt. Man vergleiche damit die häufig geübte Praxis der Bundesregierung, Angehörige der Opposition bei der Entsendung der Gremien des öffentlichen Lebens möglichst auszuschalten, und ihr Bestreben, politische Bildung mit Regierungspropaganda gleichzusetzen! Die bayerische Akademie dagegen will von vornherein mit Bestrebungen nichts zu tun haben, die an Begriffe wie "Schulung" oder "Propaganda" erinnern. Sie will vielmehr dazu beitragen, die Lücke zu schliessen, die zwischen der fortschreitenden Spezialisierung und Bürokratisierung aller Bereiche des öffentlichen Lebens und dem politischen Bewusstsein des einzelnen Staatsbürgers klafft. Denn nicht allein das Recht, in regelmässigen Abständen an die Wahlurne zu treten, sichert die Fundamente der Demokratie; ohne die aktive Teilnahme jedes einzelnen Staatsbürgers an politischen Geschehen droht auch eine formal gesicherte Demokratie autoritäre Züge anzunehmen.

Kernreaktoren allein genügen nicht...

Im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution, die das Gefüge von Wirtschaft und Gesellschaft noch undurchschaubarer machen wird, ist der Ausbau der politischen Bildung mindestens genau so wichtig wie Investitionen für die Entwicklung von Automation und Atomenergie. Es ist deshalb kein Zufall, dass gerade die bayerische Sozialdemokratie, die den Problemen der technischen Entwicklung und des technischen Nachwuchses so grosse Aufmerksamkeit schenkt, auch die Aufgaben der politischen Bildung mit gleicher Energie im Angriff nimmt. Kernreaktoren allein genügen nicht, Wohlstand, Sicherheit und Freiheit zu garantieren, wenn nicht die Menschen fähig und bereit sind, die sozialen und politischen Probleme unserer Industriegesellschaft zu meistern. Unter diesem Aspekt wird die Akademie - wie es Feldner v. Knöringen einmal formuliert hat - geradezu zu einem "Kernreaktor für politische Bildung." Denn sie soll über ihre eigenen Veranstaltungen hinaus alle Verbände und Institutionen, die politische Bildung betreiben, mit Energie beliefern. Dass von ihrer Arbeit auch Impulse weit über die Grenzen Bayerns hinausgehen werden, davon zeugt das Interesse, das ihr schon heute überall in der Bundesrepublik entgegengebracht wird.

+ - +

---

Verantwortlich: Peter Raunau